



**Geschäftsführung  
Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: [hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de](mailto:hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de)

Datum: 11.05.2012

**Niederschrift**

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 30.04.2012, 15:45 Uhr bis 19:15 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

**Anwesend waren:**

**Vorsitzende**

Frau Gisela Manderla CDU

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Gonca Mucuk	SPD
Frau Dagmar Paffen	SPD
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Anne Hauser	CDU
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Frau Yvonne Gebauer	FDP
Herr Martin Schöppe	pro Köln

**Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Frau Sengül Senol DIE LINKE

**Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Marie-Luise Quilling	
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen

### **Für die Bezirksschülervertretung**

Frau Anna Gazel Ugurlu

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Frau Katrin Gutknecht auf Vorschlag der FDP

Frau Claudia Klein auf Vorschlag der FDP

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Stephanie Stangier auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

### **Für die Katholische Kirche**

Herr Michael Bold

Frau Christiane Mauritz

### **Für die Evangelische Kirche**

Frau Beate Habets

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Ebru Coban auf Vorschlag des Integrationsrates

### **Für die Bezirksschülervertretung**

Herr Lukas Lorenz

### **Verwaltung**

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Herr Rolf Büschgens auf Vorschlag der CDU

Herr Daniel Dahm auf Vorschlag der Grünen

Herr Jörg Uckermann auf Vorschlag von pro Köln

Herr Oswald Pannes auf Vorschlag der Linken

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Annette Kellinghaus-Klingberg auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

## Für die Evangelische Kirche

Frau Utta Brauweiler-Fuhr

### Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Fevzi Bayrak

auf Vorschlag des Integrationsrates

Die Verwaltung teilt mit, dass die aktuelle Ausgabe der Schulpost ausgelegt wurde.

#### Zur Tagesordnung

Auf Grund des sachlichen Zusammenhangs wird vorgeschlagen, den TOP 6.3.12 (Mitteilung 1251/2012 über die Schulanmeldezahlen) vorzuziehen und im Zusammenhang mit dem Kölner Bildungsbericht und der Konkretisierung der Schulentwicklungsplanung zu Beginn der Sitzung zu besprechen.

Das Gremium stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Neu auf der Tagesordnung sind

-die Beantwortungen unter TOP 3.1.1 (als **Tischvorlage**), 3.1.2, 3.2.1 und 3.2.5 (die letzteren beiden auch als **Tischvorlage**),

-die Vorlagen unter TOP 5.5 und 5.6 (letztere als **Tischvorlage**),

-die Mitteilungen unter TOP 6.3.14 und 6.3.15, sowie unter TOP 6.4.

Die Verwaltung schlägt vor, die Anfrage aus dem Integrationsrat zur interkulturellen Kompetenz der Schulsozialarbeiter/innen (TOP 7.1) im Anschluss an die anderen Anfragen unter TOP 3.2 zu behandeln.

Die **Vorlage 3799/2011** unter **TOP 5.1** über die Vorbereitende Untersuchung und das Entwicklungskonzept Südliche Innenstadt-Erweiterung in Bayenthal/ Raderberg/ Zollstock, welche per Sammelumdruck für die heutige Sitzung versandt wurde, wurde **zurückgezogen** und wird zu einem späteren Zeitpunkt geändert und ergänzt wieder vorgelegt.

Auch die **Vorlage 0874/2012** unter **TOP 5.2** mit einer Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zur "Offenen Schule Köln", welche per Sammelumdruck für die heutige Sitzung versandt wurde, wurde –anders als noch in der ausliegenden Tagesordnung aufgeführt- **zurückgezogen** und wird zu einem späteren Zeitpunkt geändert wieder vorgelegt.

Frau Dr. Klein erklärt dazu, dass die Vorlage auf Grund formeller Fehler zurückgezogen wurde, weil der Sozialausschuss hätte beschließen müssen und die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nur zur Kenntnis nehmen durfte. Es liegen keine inhaltlichen Bedenken gegen die Schule im Kölner Süden vor.

Frau Manderla bittet in diesem Zusammenhang darum, zur „Offenen Schule“ mehr Details über die konkreteren Planungen aufzuführen. Die Vorlage bleibe da zu allgemein. Es fehlen z.B. Angaben darüber, wo das Gebäude hin soll und wer genau der Verein ist.

Frau Dr. Klein bittet die Politik, die Fragen zu der Vorlage schriftlich zu fixieren, damit diese von der Verwaltung eingearbeitet werden können.

Frau Gebauer, FDP-Fraktion, beantragt zu Beginn der Sitzung, die Tischvorlage zu TOP 5.6 ohne Votum in die nächsten Ausschüsse weiterzugeben, da nicht genügend Zeit zur Prüfung vorhanden war. Sie möchte sie nicht verhindern oder in eine zweite Runde gehen, aber die Vorlage sei zu umfangreich, um sie kurzfristig zu beschließen.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, bestätigt, dass auch seine Fraktion von der Tischvorlage überrascht wurde. Er fände es aber nicht gut, wenn der Ausschuss für Schule und Weiterbildung die Vorlage nicht positiv bescheiden würde. Seine Argumente möchte er bei Behandlung des TOPs genauer darlegen. Die Vorlage sei zu wichtig, um sie ohne Votum weiterzugeben.

Auch Frau Manderla führt für ihre Fraktion aus, dass man über die Vorlage beraten möchte und die Vorlage beschließen möchte, nachdem man sich in der Öffentlichkeit für die Bildung an diesem Ort stark gemacht habe. Zu den Finanzen hat sie Fragen, welche sie bei Behandlung des TOPs stellen möchte.

Nach einer Beratungspause wird über den Antrag von Frau Gebauer, die Tischvorlage zu behandeln und ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu schieben, abgestimmt.

Der Antrag wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion abgelehnt. Der Vertreter der Fraktion ProKöln enthält sich der Stimme. Somit soll die Vorlage unter TOP 5.6 diskutiert werden und über sie abgestimmt werden.

Frau Manderla weist darauf hin, dass am Dienstag, dem 19. Juni ab 17 Uhr im Ratsaal (Spanischer Bau des Rathauses) eine **gemeinsame Sondersitzung** zur Vorstellung des Inklusionsplans zusammen mit dem Jugendhilfeausschuss zum Thema stattfindet.

Die nächste **reguläre** Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung ist am Montag, dem 11. Juni ab 16 Uhr im Konrad-Adenauer-Saal, Raum-Nr. 1.18.

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

- 0.1 Präsentation zum "Kölner Bildungsbericht" (TOP 6.3.10)
- 0.2 Präsentation "Konkretisierung der Schulentwicklungsplanung" (TOP 6.3.11)

### 1 Niederschriften

- 1.1 Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 12.03.2012, 16:00 Uhr bis 18:20 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anlage 1: Gewährleistung der Erteilung des Sportunterrichts und der Sportangebote im OGT beim Umbau von Schulsporthallen  
0960/2012

- 1.2 Anlage zu TOP 5-5 der Niederschrift zur Sitzung vom 30-01-2012 SEP-Stellungnahme Verlegung GGS Lebensbaumweg

## **2 Gleichstellungsrelevante Themen**

### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### 3.1 Frühere Anfragen

- 3.1.1 Mensa für das Hölderlin-Gymnasium  
AN/0122/2012

Tischvorlage: Mensa für das Hölderlin-Gymnasium  
Anfrage der CDU-Fraktion vom 25.01.2012  
0462/2012

- 3.1.2 Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Zimmermann zur effektiven Verwaltungsarbeit in den Schulen  
0939/2012

#### 3.2 Neue Anfragen

- 3.2.1 Schließung der Oberstufe am griechischen Lyzeum in Köln  
AN/0455/2012

Tischvorlage: Schließung der Oberstufe am Griechischen Lyzeum in Köln  
1573/2012

- 3.2.2 Situation des offenen und gebundenen Ganztages in Köln  
1297/2012

- 3.2.3 Nachfrage zur Benutzungsordnung der Volkshochschule  
1305/2012

- 3.2.4 Schülerinnen und Schüler an Kölner Gesamtschulen nach Nationalität für das Schuljahr 2010/11 - Mündliche Anfrage von Frau Senol im Ausschuss Schule und Weiterbildung vom 12.03.2012  
1310/2012

- 3.2.5 Tischvorlage: Sachstandsbericht über den Fortschritt der Schulbaumaßnahmen  
mündliche Anfragen aus der Sitzung vom 12.03.2012, TOP 6.4  
1426/2012

**4 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**5 Vorlagen der Verwaltung**

- 5.1 Vorbereitende Untersuchung gem. § 141 BauGB und Entwicklungskonzept Südliche Innenstadt-Erweiterung (ESIE) in Bayenthal/Raderberg/Zollstock 3799/2011  
-zurückgezogen-
- 5.2 Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zur "Offenen Schule Köln", 0874/2012 -zurückgezogen-
- 5.3 190. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 7, Köln-Porz  
Arbeitstitel: Schulstandort an der Berliner Straße in Köln-Porz-Westhoven  
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss  
0642/2012
- 5.4 Planungsaufnahme zur Errichtung von Erweiterungsbauten für das Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasium und das Schillergymnasium, Nikolausstr. 51-55, 50937 Köln  
0545/2012
- 5.5 Gesamtschule Holweide, Burgwiesenstr. 125, 51067 Köln, Planungsaufnahme des Ersatz für durch einen Brand zerstörte Räume  
0319/2012
- 5.6 Tischvorlage: Sanierung und Umfeldgestaltung des VHS-Studienhauses am Neumarkt, Josef-Haubrich-Hof 2, 50676 Köln, Baubeschluss  
4798/2011

**6 Beantwortung mündlicher Anfragen; Mitteilungen**

- 6.1 Beantwortung mündlicher Anfragen
- 6.2 Mitteilungen der Vorsitzenden
- 6.3 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.3.1 Niederschwellige Internationale Förderklasse an Berufskolleg  
0622/2012
- 6.3.2 Auswertung der Abfrage zur Sprachförderung im Offenen Ganztage - Schuljahr 2010/2011  
1036/2012
- 6.3.3 Bilanzkonferenz zum Veränderungsprozess "Die Zukunft unserer Schulen"  
1144/2012

- 6.3.4 Leistungsfähige Volkshochschulen - Aktivposten für Städte, Kreise und Gemeinden  
1236/2012
- 6.3.5 Durchführung von außerunterrichtlichen Projekten mit dem Schwerpunkt "Kulturelle Bildung" in offenen Ganztagschulen der Primarstufe sowie im Rahmen von Ganztagsangeboten der Sekundarstufe I  
1211/2012
- 6.3.6 Qualitätsinitiative "Lernen für den Ganztag"  
Ausschreibung des Schulträgers von weiteren gemeinsamen Fortbildungsmaßnahmen für offene Ganztagschulen im Schuljahr 2011/2012  
1218/2012
- 6.3.7 Empfehlung des Schulträgers für eine Weiterentwicklung der Kommunikationsstruktur und Verantwortlichkeiten aller Akteure im offenen Ganztag  
1219/2012
- 6.3.8 oGS-Programm des Museumsdienstes Köln  
1221/2012
- 6.3.9 Familienreise zu den Kulturen der Welt - 2. Kölner Elternkongress  
1280/2012
- 6.3.10 Kölner Bildungsbericht - Bildungsmonitoring 2012  
Von frühkindlicher Bildung bis Weiterbildung  
1490/2012
- 6.3.11 Konkretisierung der Schulentwicklungsplanung Köln 2012  
Maßnahmen zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung der Kölner Schullandschaft bis 2020  
1500/2012
- 6.3.12 Abschluss des Schulanmeldeverfahrens der weiterführenden Schulen  
1251/2012
- 6.3.13 Konzeption der kommunalen Schulsozialarbeit  
1299/2012
- 6.3.14 Chinajahr 2012  
0818/2012
- 6.3.15 Aktueller Sachstand zur Inanspruchnahme des Bildungspaketes  
0688/2012
- 6.4 Sachstandsbericht über den Fortschritt der Schulbaumaßnahmen - Sanierung und Neubau  
1499/2012

**7      Anfragen**

7.1      Anfrage zur interkulturellen Kompetenz der Schulsozialarbeiter/innen  
1155/2012

**8      Verschiedenes**

## I. Öffentlicher Teil

### 0.1 Präsentation zum "Kölner Bildungsbericht" (TOP 6.3.10)

Frau Przygoda vom Programm „Lernen vor Ort“ stellt die Ergebnisse des Bildungsberichtes vor.

Im Anschluss möchte Frau Manderla wissen, was die Broschüre inklusive deren Versand gekostet hat.

Frau Dr. Klein stellt klar, dass alle Produkte in diesem Bereich vom Bund finanziert werden. Die konkreten Kosten will sie nachreichen.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, kann nicht verstehen, wie sich der Sprachförderbedarf von „unter 1-Jährigen“ ermitteln lässt.

Herr Pfeuffer erklärt, dass in der Auflistung gemeint ist, dass Kinder für einen Zeitraum unter einem Jahr in einer KiTa verweilen.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, lobt, dass es sich bei dem Bildungsbericht um eine umfangreiche Dokumentation handelt, welche als hilfreiches Instrument für bildungspolitische Entscheidungen genutzt werden kann und fragt an, ob beabsichtigt ist, die Broschüre als Dokument auf dem Kölner Bildungsserver online zu stellen.

Herr Pfeuffer verspricht, dass man die Broschüre in Kürze im Netz einstellen wird.

Frau Jahn, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, möchte wissen, wie der Inklusionsanteil von 16,1% sich aufteilt auf Primar- und Sek I-Bereich.

Herr Pfeuffer bestätigt, dass die Quote im Primarbereich höher ist als bei den weiterführenden Schulen. Es handelt sich bei den genannten 16,1% um einen Mittelwert. Die genaue Aufteilung wird nachgereicht.

Frau Mucuk, SPD-Fraktion, stellt fest, dass im Rahmen der Sprachstandserhebungen konkret der **Deutsch**sprachförderbedarf ermittelt wird. Sie möchte wissen, woran es liegt, dass die Versorgungsquoten bei U3-Plätzen und bei Plätzen im offenen und gebundenen Ganztage in den verschiedenen Stadtbezirken variieren.

Frau Dr. Klein antwortet, dass dies besonders im U3-Bereich an den konkreten Angeboten vor Ort liegt: Ein gutes Angebot schafft zusätzliche Nachfrage. Auch bei einer Versorgungsquote von 40% wird ein weiterer Bedarf darüber hinaus bestehen. Man will aktiv in Zusammenarbeit mit der Sozialraumkoordination z.B. in Chorweiler die OGTS-Quote steigern. Diese konnte in Chorweiler bisher von 32% auf 52% gesteigert werden. Es gibt da einerseits einen Platzangebotseffekt und andererseits einen Nachfrage- und Bedarfseffekt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, fragt, ob die Tagespflegeplätze bei den U3-Betreuungsplätzen mitgerechnet wurden. Wenn ja: Gibt es im Hinblick auf die Tagespflegeplätze Erkenntnisse über den Sprachförderbedarf?

Herr Pfeuffer erklärt, dass ein interkommunaler Vergleich nur zu den Bedingungen der statistischen Landesämter und des statistischen Bundesamtes möglich ist, die teilweise andere Grundlagen haben als die Kölner Erhebungen. Bei der Betreuungsquote wird z.B. auf einen bestimmten Stichtag geschaut. Es handelt sich um den 01.03. eines Jahres, wenn das Kindergartenjahr bereits eine Zeit lang läuft, wobei nur die Kinder betrachtet werden, die an diesem Stichtag noch unter 3 Jahre alt waren, sodass ein Teil der Kinder vom Anfang des Kindergartenjahres aus der Betrachtung heraus-

fallen. Man hat die Statistiken informativ trotzdem zum Vergleich beigelegt. Analysen zum Sprachförderbedarf in der Tagespflege liegen nicht vor.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin, interessiert sich dafür, ob im Bereich Weiterbildung nur die Teilnehmer der Volkshochschulen berücksichtigt wurden oder ob die Berufskollegs mit berücksichtigt wurden.

Darüber hinaus hat sie auf Seite 124 die Anzahl der Schulabgänger mit Fachhochschulreife mit 369 benannt gesehen. Auf diese Anzahl kommen schon alleine 3 Berufskollegs (pro BK 200 Absolventen pro Jahr), sodass auch hier scheinbar die Zahlen aus den Berufskollegs nicht berücksichtigt wurden.

Schließlich weist sie noch darauf hin, dass „Lernen vor Ort“ gerade eine Absolventenbefragung an den Berufskollegs durchführt. Sie möchte wissen, ob dies irgendetwas mit dem Bildungsmonitoring zu tun hat, oder ob es sich da um eine gesonderte Befragung handelt.

Herr Pfeuffer sagt eine schriftliche Beantwortung zu, da die zuständigen Kolleg/innen nicht anwesend sind.

Frau Senol, Fraktion DIE LINKE, hat bei der Weiterbildung in der Volkshochschule gelesen, dass die Belegungen um 21,4% zurück gegangen sind und bittet um Benennung möglicher Gründe.

Bei den allgemeinbildenden Schulen liegt der Inklusionsanteil im Vergleich zu anderen Städten mit 16,1% nur im Mittelfeld. Auch hierfür sucht sie eine Erklärung.

Schließlich bittet sie um Lösungsvorschläge für Kinder mit Migrationshintergrund.

Herr Pfeuffer weist darauf hin, dass Migrationshintergrund zum Teil mit sozial benachteiligten Lebensverhältnissen einhergeht. In diesem Zusammenhang sind alle Maßnahmen, die helfen, Abhängigkeiten zu reduzieren, willkommen. So sei Kindertagesbetreuung eine wirksame Maßnahme einerseits zur Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und andererseits zur Erhöhung der Bildungschancen. Warum andere Kommunen im Vergleich höhere Werte bei der Inklusion erreichen als Köln, ist noch nicht bekannt. Hier will man auf der Ebene der Schulentwicklungsplanung noch Kontakte zu anderen Städten knüpfen.

Frau Hammelrath erklärt, dass in den letzten 10 Jahren durch mehrere Haushaltskonsolidierungen die kommunalen Mittel der Volkshochschule um mehr als 40% gekürzt wurden. Dazu kommt die mehrjährige Auslagerung aus der Innenstadt. Diese beiden Effekte haben zu einem deutlichen Rückgang der Belegungen geführt.

Frau Manderla weist darauf hin, dass der Bildungsbericht den Ist-Zustand darstellt und die zu ergreifenden Maßnahmen erst noch erarbeitet werden müssen.

Auch Frau Quilling, sachkundige Einwohnerin, lobt den Bildungsbericht als ein brauchbares Steuerungsinstrument, wundert sich aber, warum die Berufskollegs als Schulform darin nicht vorkommen.

Frau Dr. Klein kündigt an, dass der Status Quo und die Entwicklung der Berufskollegs nach den Sommerferien in einer eigenen Untersuchung erarbeitet werden.

Frau Hauser, CDU-Fraktion, fragt sich in Bezug auf Weiterbildung im Kontext von „lebenslangem Lernen“ woran es liegt, dass insbesondere Frauen diese Angebote weniger annehmen.

Frau Hammelrath führt dafür zwei Gründe an:

1. bei der Weiterbildung wird sehr stark auf drittmittelfinanzierte Maßnahmen im Qualifizierungsbereich gesetzt, um ein breitgefächertes Programm anbieten zu können und
2. die Teilnahmeentgelte wurden erhöht, sodass Frauen anders als früher in der Regel jeweils nur noch ein Angebot besucht haben.

Frau Fuhrmann, sachkundige Einwohnerin, stellt fest, dass auch die Weiterbildungskollegs in dem Bericht fehlen. Die von der TAS übernommenen Schulabgangskurse haben im Jahr über 200 Abiturienten mit einem hohen Anteil an Migrationshintergrund und einem hohen Integrationsfaktor, der bei den interkommunalen Vergleichen nicht berücksichtigt wurde.

Frau Manderla bittet die Verwaltung darum, auch diese Zahlen noch nachzuliefern. Auf Seite 33 des Berichtes geht es um die Jugendarbeitslosigkeit. Frau Manderla bittet darum, die Angaben für die Stadtteile Brück, Rath/Heumar und Neu-Brück nochmals zu überprüfen. Sie vermutet, dass sich dort Fehler eingeschlichen haben.

Herr Pfeuffer stellt klar, dass seine Abteilung zu ausgelastet ist, um zur nächsten Sitzung alle Daten zu den Weiterbildungskollegs und zu den Berufsschulen vorzulegen. Er nimmt dies aber gerne als Anregung für nach den Sommerferien mit.

## **0.2 Präsentation "Konkretisierung der Schulentwicklungsplanung" (TOP 6.3.11)**

Frau Dr. Klein schickt dem Vortrag voraus, dass man im Rahmen der Schulentwicklungsplanung diverse große Linien als Vorschläge unterbreiten wird:

1. die Ausweitung der Gesamtschulkapazitäten,
2. die Weiterentwicklung zu Sekundarschulen (Umsetzung des Schulkonsenses),
3. die Ausweitung von Gymnasialplätzen und
4. mindestens 2 Schulversuchsstandorte (Individualschule im Kölner Westen/Weiden und Inklusive Universitätsschule auf dem Helios-Gelände).

Dies alles jedoch im Rahmen der Haushaltssituation der Stadt Köln. Der Bericht macht Vorschläge und zeigt Trends auf, die dann noch abgestimmt und beschlossen werden müssen. In erster Priorität sollen bestehende Schulstandorte genutzt und, wo das nicht geht, Neubauten in flexibler Bauweise errichtet werden.

Die Vorschläge sollen in einem standortspezifischen dialogischen Verfahren mit den einzelnen Schulen und den Bezirken erörtert und gewichtet werden. Anschließend wird man umsetzbare Einzelmaßnahmen dem Ausschuss zur Entscheidung vorschlagen. Einige der aufgeführten Maßnahmen wie die Zügigkeitserweiterungen in den Gymnasien wurden bereits früher beschlossen und sind in der Umsetzung.

Nach den Sommerferien wird man stadtweit in einer großen Elternbefragung den Elternwillen ermitteln, um eine weitere Planungsgrundlage zu haben.

Herr Pfeuffer konkretisiert daraufhin in einer Präsentation die Schulentwicklungsplanung.

Frau Coban, sachkundige Einwohnerin, hat Nachfragen zur Art der durchgeführten Elternbefragung: Waren Rückfragen möglich und wurde qualitativ unter Aufsicht nachgefragt, z.B. was man sich unter dem Begriff „gemeinsames Lernen“ vorstellt oder warum man die Hauptschule ablehnt? Außerdem möchte sie Näheres zum ausgeklammerten Thema „Islamunterricht“ erfahren.

Herr Pfeuffer erklärt, dass es sich 2009 um eine schriftliche Befragung der Grundschulleitenden handelte, die ausgeteilt wurde. Dies ist auch 2012 so vorgesehen, da bei 8.000 Fragebogen pro Jahrgang ein anderes Verfahren nicht umsetzbar ist.

Herr Hölzer weist darauf hin, dass der islamische Schulunterricht in einem eigenen Schulgesetz geregelt wurde und es sich nicht um eine Aufgabe des Schulträgers, sondern um eine innere Schulangelegenheit handelt.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin, begrüßt die Dialogorientierung, doch ergäben sich Zweifel, wenn man in einem Artikel aus dem Kölner Stadtanzeiger in der Vorwo-

che lesen könne, dass beabsichtigt sei, ein „Berufskolleg aus der Innenstadt“ in einen Neubau in Ossendorf zu verlegen und dadurch im Zentrum einen Standort für eine neue Gesamtschule frei zu bekommen. Dies habe zu unnötiger Aufregung geführt. Deshalb bittet sie um Auskunft, um welches Berufskolleg konkret es sich dabei handelt und ob man mit diesem bereits gesprochen habe.

Frau Dr. Klein erläutert dazu, dass man am **Beginn** des dialogischen Verfahrens steht. Es wurde bisher noch mit keinem Berufskolleg gesprochen, doch diese Gespräche werden geführt. Man wird die Berufskollegs fragen, ob sie sich eine solche Option vorstellen können, um im Rahmen eines einvernehmlichen Prozesses eine Regelung zu finden und einen Vorschlag im Ausschuss präsentieren zu können.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin, bittet darum, dabei die Ausbildungsbetriebe mit einzubinden, denn es handelt sich bei dem Ort eines Berufskollegs unter Umständen auch um einen Standort- und Kostenfaktor.

Frau Dr. Klein beruhigt, dass man nicht vorhat, ein Berufskolleg nach Ossendorf zu zwingen, sondern es könnte sich bei diesem Standort im Einzelfall im Hinblick auf die bauliche Situation auch um eine Chance im Sinne einer Win-Win-Situation handeln. Dabei werden auch die Ausbildungsbetriebe und die Infrastruktur insgesamt mit berücksichtigt.

Frau Gebauer, FDP-Fraktion, äußert das Gefühl, dass der Schulentwicklungsplan hinsichtlich der vorgeschlagenen konkreten Maßnahmen im Bezug auf die Gymnasien und die Gesamtschulen bzw. Sekundarschulen rot-grün-orientiert alles unter das Thema „längeres gemeinsames Lernen“ stellt. Den durch Fragebogen ermittelten Elternauftrag, dass 66% längeres gemeinsames Lernen wünschen, findet sie nicht hinreichend konkretisiert. Dem hält sie das Ergebnis einer Online-Befragung des Kölner Stadtanzeigers entgegen, wo sich auf die konkrete Fragestellung „Würden Sie Ihr Kind eher auf eine Gesamtschule oder auf ein Gymnasium schicken?“ nur 38% für die Gesamtschule und 61% für das Gymnasium entschieden. Der Elternwille für das Gymnasium steht auch im Kölner Bildungsbericht, wo z.B. in Lindenthal ein Übertritt bei 88,8% liegt. Gerade in Lindenthal sei man nicht auf die konkreten Vorschläge eingegangen: es gab einen einstimmigen Beschluss, der ein Gymnasium für Lindenthal fordert und im 1. Teil des Schulentwicklungsplanes sah auch die Verwaltung einen klaren Bedarf für ein dreizügiges Gymnasium auf der Stadtgrenze zwischen Lindenthal und Rodenkirchen. Gegen diesen Elternwillen will man dort nun „entweder ein Gymnasium **oder** eine Gesamtschule“ gründen, also möglicherweise zwei Gesamtschulen. Zum Helios-Gelände fragt Frau Gebauer: Es soll mit einer Primarstufe an einem anderen Standort begonnen werden. Wo liegt dieser?

Und: Bedeutet „flexible modulare Bauweise“ wieder Container?

Schließlich bezeichnet sie den jetzt beabsichtigten Abriss der Grundschulcontainer an der Palmstraße/Ecke Alte Wallgasse, um eine Dependence für die Königin-Luise-Schule zu schaffen, als Schildbürgerstreich, da die Politik dies schon vor Jahren gefordert habe.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass man mit dem Schulentwicklungsplan versucht hat, den Schulkonsens in Nordrhein-Westfalen aktiv aufzugreifen.

In Lindenthal möchte man im Rahmen der Gesamtelternbefragung konkret danach fragen, wo die Kinder angemeldet werden, um den Bedarf aktuell zu ermitteln.

Die Verhandlungen um das Helios-Gelände müssen abgewartet werden: Zunächst muss sicher sein, dass es dort eine finanzierbare Möglichkeit zur Umsetzung der inklusiven Universitätsschule gibt. Dann wird man **an einem anderen Standort** starten, im Vorgriff auf eine umsetzbare, von den zuständigen politischen Gremien klar beschlossene Planung.

Beim Errichten neuer Schulen in „modularer Bauweise“ sollen diese nach den Grundsätzen der modernen Schularchitektur entwickelt werden und sollen später auch für andere Zwecke genutzt werden können.

Das Beispiel Palmstraße macht deutlich, dass man auch Schulleitungen und Kollegium in Entscheidungsprozesse einbezieht: Schulentwicklung muss in Einklang gebracht werden mit der Akzeptanz der Schule und der Schulleitung. Dass das Gelände nun für die Erweiterung des benachbarten Gymnasiums zur Verfügung steht, ist erfreulich.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, beteuert, dass die CDU auch in Köln für die Umsetzung des Schulkonsenses wirbt. Dabei steht der Elternwille im Zentrum der Überlegungen. Die Umsetzung muss faktenorientiert erfolgen. Er empfiehlt der Verwaltung, rechtzeitig den Vorschlag einer Elternbefragung einzubringen, damit dem Gremium Gelegenheit bleibt, einen Konsens über eine objektive Fragestellung zu finden. Sollte eine Elternbefragung geplant werden, so setzt dies voraus, dass eine repräsentative Gruppe von Eltern verlässliche und klare Fragen vorgelegt bekommt.

Er versteht den Schulentwicklungsplan so, dass sowohl an Gymnasien, als auch an Gesamtschulen weitere Kapazitäten benötigt werden. Die Einführung von Sekundarschulen darf nur mit den Schulen und nicht ohne sie erfolgen.

Auch bei der Frage, ob man eine integrierte, eine teilintegrierte oder eine kooperative Sekundarschule gründet, sollte in jedem einzelnen Fall der örtliche Elternwille ausschlaggebend sein. Er appelliert an die Verwaltung, Sekundarschulen schnellstmöglich durch Umwandlung bestehender Schulen anstatt durch Neugründung zu bilden.

Frau Dr. Klein verspricht, dass vor einer Elternbefragung der beabsichtigte Fragebogen auch dieses Mal wieder im Ausschuss vorgestellt wird, um Anregungen mit aufzugreifen.

Sie bestätigt, dass die Schulentwicklung sowohl einen Bedarf an Gymnasialplätzen, als auch an Gesamtschulplätzen festgestellt hat.

Das Votum des längeren gemeinsamen Lernens impliziert aus Sicht der Verwaltung die Gründung integrierter Gesamtschulen und Sekundarschulen. Dies werde den Schulen als Vorschlag gemacht und ggfs. im Schulausschuss so vorgestellt.

Sie stellt klar, dass das Ministerium für Schule und Weiterbildung NW mit Eingang vom 27.04.2012 auf die Anfrage der Verwaltung vom 09.03.2012 geantwortet hat, dass Sekundarschulen grundsätzlich durch Neugründung zu bilden sind. Daneben wird darauf hingewiesen, dass nach dem Schulgesetz NW die Schulleitungsstellen im Sinne des Grundsatzes der Bestenauslese **nicht** zwingend auszuschreiben sind. Das entsprechende Schreiben wird dem Protokoll als Anlage angehängt.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, lobt, dass es mit dem Konzept gelungen ist, den erst kürzlich gefundenen Schulkonsens auf die Kölner Bezirke zu übertragen. Während sonst im Lande über Schulschließungen und Zusammenlegungen gesprochen werden muss, ist Köln in der privilegierten Lage, einen Mix aus Schulerweiterungen und Schulneubauten anbieten zu können. Seine Fraktion befürwortet das dialogische Verfahren einer ausführlichen Elternbefragung.

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, bittet darum, auch die Lehrerkollegien und die Schulleitungen angemessen zu beteiligen, da von diesen das Gelingen von Schule am Standort abhängt. Die Antwort des Ministeriums hält er für eine Großstadt wie Köln für unpragmatisch. Er weist auf bezirklich sehr abweichende Zahlen bei den Schülerzahlen hin, doch sei durchgängig eine Zunahme von Schüler/innen in der Sekundarstufe II festzustellen. Er schlägt vor, in Zusammenarbeit mit den Berufskollegs Oberstufenzentren zu bilden.

Frau Jahn, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bedauert, dass die FDP-Fraktion dem längeren gemeinsamen Lernen keinen Wert beimisst und sieht die Gesamtschule als Chance für Kinder aus benachteiligtem Umfeld. Der Schulentwicklungsplan werde in seiner Vielfalt allen Eltern gerecht. Sie möchte aber wissen, in welchem Zeitrahmen die jetzt vorgelegten Vorschläge umgesetzt werden soll.

Frau Dr. Klein erklärt, dass das Jahr 2020 als Planungshorizont in den Blick genommen wurde, wobei aber einige der vorgestellten Maßnahmen bereits in der Umsetzung sind: Der Rat hat bezüglich der Zügigkeitserweiterungen an den Gymnasien bereits viele Baumaßnahmen beschlossen. In Bezug auf die Gesamtschulplätze stehen Gespräche an, dass durch Mehrklassenbildung auch dort zum nächsten Anmeldeverfahren Zügigkeitserweiterungen umsetzbar sind. Standorte wie z.B. Bayenthal sind dagegen nur langfristig umsetzbar, da sie stark abhängig sind von personellen und finanziellen Ressourcen. Eine Umsetzung der Maßnahmen kann nur sukzessiv im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel erfolgen.

Auch Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, begrüßt für seine Fraktion den vorgelegten Maßnahmenkatalog weil

1. die bestmögliche Förderung jedes einzelnen Kindes im Vordergrund steht,
2. das gemeinsame inklusive Lernen im Fokus steht und gestärkt wird und
3. eine Umsetzung prozessorientiert im dialogisch offenen Verfahren beabsichtigt ist. Damit ist gewährleistet, dass auch Änderungen in der Einstellung durch einen Fortschritt der Einsicht berücksichtigt werden.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, fragt in diesem Zusammenhang, ob ein veränderter Elternwille in den einzelnen Stadtvierteln (z.B. die Gymnasialquote in Lindenthal) bereits bei den Prognosen mit berücksichtigt wurde.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass sich Trends durch eine Prognose weder stoppen, noch umkehren lassen. Sie wurden daher selbstverständlich berücksichtigt und mit abgebildet. Genauere Belege für eine Nachfrage soll aber die beabsichtigte Elternbefragung ergeben.

Frau Ugurlu verliest ein Statement der Bezirksschüler/innenvertretung, welche entsprechend dem Grundsatzprogramm der Landesschüler/innenvertretung NRW die Gründung neuer inklusiver Gesamtschulen befürwortet und fordert. Die Umwandlung von Hauptschulen in Sekundarschulen sei keine nachhaltige Lösung, um dem Elternwillen für den besten Schulabschluss an einer Schule gerecht zu werden.

Herr Lorenz, Bezirksschüler/innenvertretung, ergänzt, dass man die Sekundarschule als Zwischenschritt zu längerem gemeinsamen Lernen in Gesamtschulen toleriert. Eine weitere Gesamtschule im Schulzentrum Zündorf und in Nippes am Standort südliche Schmittgasse ist der Gründung einer zusätzlichen Sekundarschule vorzuziehen. Die hohe Präferenz für Gymnasien in Lindenthal liege am fehlenden Vergleich. Während früher das Motto „Weg von Schulfabriken!“ galt, wird nach Umsetzung der vorgelegten Pläne keine Gesamtschule mehr unter 5 Züge besitzen. Deshalb fordert die Bezirksschüler/innenvertretung eine weitere Gesamtschule für Kalk an Stelle einer Erweiterung der Katharina-Henoth-Gesamtschule. Eine Klassenfrequenz von 28 Schüler/innen je Klasse, wie im Schulentwicklungsplan vorgesehen, widerspreche der von allen Parteien im Wahlkampf propagierten Forderung nach kleineren Klassen. Herr Lorenz bittet daher um konkrete Ansätze zur Reduzierung der Schüler/innenzahlen in den Klassen.

Frau Dr. Klein antwortet, dass man bei den Zügigkeitserweiterungen bestehender Gesamtschulen den Vorschlägen aus den Schulen, insbesondere auch der Katharina-Henoth-Gesamtschule, gefolgt ist. Das Erfordernis kleinerer Klassen wird seitens der

Verwaltung gerade im Hinblick auf das Thema Inklusion gesehen. Demgegenüber steht die Besonderheit einer wachsenden Stadt mit wachsenden Schülerzahlen, aber mit personell und finanziell begrenzten Kapazitäten. Die vorgestellte Planung erfordert hohe Anstrengungen in der Umsetzung.

Frau Senol, Fraktion DIE LINKE, hat 3 Fragen zum Schulentwicklungsplan:

1. Welche Planungen gibt es in Köln im Hinblick auf die Prognose einer Quote von 50% Schüler/innen unter 18 Jahren mit Migrationshintergrund?
2. Wird die geplante Elternbefragung in der Sprache der Eltern verfasst sein?
3. In der Landesstatistik von 2009 wird auf einen gesteigerten Bedarf an Gesamtschulen bis zum Jahr 2030 Bezug genommen. Wurde dieses als Planungsgrundlage berücksichtigt?

Frau Dr. Klein antwortet zunächst zu Frage 3, dass man das Jahr 2020 als Horizont gewählt hat, weil eine Langfristplanung bis zum Jahr 2030 nicht sicher und konkret genug ist. Zu Frage 2 sagt sie: Entsprechend der letzten Elternbefragung wird auch die neue Befragung in 4 Sprachen (Türkisch, Russisch, Englisch und Deutsch) verfasst sein, was auf Grund der Besonderheiten des deutschen Schulsystems hohe Anstrengungen bei der Übersetzung erfordert. Das „dialogische Verfahren mit den Schulen“ bezieht sich auf die Schulleitungen und Lehrerkollegien, wobei auch die Elternvertretungen ihre Positionen über die schulischen Gremien einbringen können. Das Thema „Chancen der Schüler/innen mit Migrationshintergrund“ wurde damit aufgegriffen, dass bei der Planung ein Schwerpunkt auf die Ausweitung von Gesamtschulplätzen gelegt wurde.

## 1        **Niederschriften**

### 1.1      **Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 12.03.2012, 16:00 Uhr bis 18:20 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18**

#### **Anlage 1: Gewährleistung der Erteilung des Sportunterrichts und der Sportangebote im OGT beim Umbau von Schulsporthallen 0960/2012**

Die Niederschrift und die Beantwortung wurden vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, sieht den Sinn seiner Ausführungen zu den Hauptschulen und Realschulen in der vergangenen Sitzung nicht richtig wiedergegeben. Er bittet um die Änderung der Formulierung im oberen Abschnitt auf Seite 11 der Niederschrift von „...Auch die Realschulen und Hauptschulen müssten sich im Rahmen der Inklusion **für alle Kinder öffnen.**“ in „...Auch die Realschulen und Hauptschulen müssten sich im Rahmen der Inklusion **verändern, um sich für alle Kinder zu öffnen.**“.

Dem Änderungswunsch wird einstimmig zugestimmt (die Fraktion ProKöln war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr vertreten).

Herr Hoffmann, Freie Wähler Köln, bemängelt in Bezug auf die Beantwortung seiner Anfrage zur Gewährleistung der Erteilung des Sportunterrichts im offenen Ganztag beim Umbau von Schulsporthallen, dass die Antwort äußerst zurückhaltend ohne belastbare Zahlen ausgefallen sei. Er stellt deshalb die folgenden beiden Nachfragen:

1. Stimmt es, dass es kein Konzept der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zur Aufrechterhaltung des Sportunterrichts bei der Sanierung von Sporthallen gibt?
2. Der Sportunterricht wird auf Sportstätten privater Anbieter ausgelagert. Gibt es im Hinblick auf die finanzielle Situation der Stadt Köln keine andere Lösungsmöglichkeit (wie etwa die Nutzung von Sporthallen anderer Schulen)?

Frau Dr. Klein sagt eine schriftliche Beantwortung der beiden Fragen zur nächsten Sitzung zu.

## **1.2 Anlage zu TOP 5-5 der Niederschrift zur Sitzung vom 30-01-2012 SEP-Stellungnahme Verlegung GGS Lebensbaumweg**

Die zusätzliche Anlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Sie wurde zur Kenntnis genommen.

## **2 Gleichstellungsrelevante Themen**

### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **3.1 Frühere Anfragen**

##### **3.1.1 Mensa für das Hölderlin-Gymnasium AN/0122/2012**

**Tischvorlage: Mensa für das Hölderlin-Gymnasium  
Anfrage der CDU-Fraktion vom 25.01.2012  
0462/2012**

Die Anfrage wurde vorab zur Verfügung gestellt. Ihre Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

Frau Hauser, CDU-Fraktion, fragt nach, ob mit den Bauarbeiten der erstmalig in 2007 beantragten Mensa –wie in der Antwort zu Frage 2 ausgeführt- tatsächlich erst frühestens im Sommer 2014 begonnen wird oder –wie in der Vorlage der Gebäudewirtschaft erwähnt- schon im Jahr 2013.

Herr Kaven verweist in diesem Zusammenhang auf die vorgelegten Sachstandsberichte, dass vor den Bauarbeiten zunächst entsprechende Planungen aufgenommen werden müssen. Er geht davon aus, dass die Differenz auf diese zurückzuführen ist.

##### **3.1.2 Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Zimmermann zur effektiven Verwaltungsarbeit in den Schulen 0939/2012**

Die Beantwortung der mündlichen Anfrage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, ist erfreut, dass nun nach seiner Anfrage auch im Bereich des städtischen Personals an Schulen Arbeitsplatzbeschreibungen gefertigt werden. Er ist jedoch erstaunt darüber, dass Schulsekretärinnen 22

Tage (also 70%) mehr Urlaub gewährt werden als anderem Personal. Gerade in den Ferien herrsche an den Schulen Hochbetrieb und es sei erforderlich, dass das städtische Personal durchgängig zur Verfügung steht. Die Beantwortung der Fragen 5, 6 und 7 erschließt sich ihm nicht. Er kann nicht verstehen, warum Schulhausmeister die Zeiten zwischen 18 und 18.30 Uhr als Überstunden bezahlt bekommen, wenn um 19 oder 20 Uhr weitere schulische Veranstaltungen stattfinden. Zu Punkt 7 fragt er nach, aus welchen Gründen die leistungsorientierte Bezahlung eingestellt wurde. Dazu sei man die Antwort schuldig geblieben. Er bedauert, dass der Anlass für ein Gespräch über eine zielorientierte Bezahlung weggefallen ist.

Frau Heuer beteuert, dass der Wegfall der leistungsorientierten Bezahlung für die unteren Lohngruppen für **alle** Mitarbeiter/innen in der Stadtverwaltung Köln gilt. Die Schulsekretärinnen bekommen **nicht** mehr Urlaub als andere, sondern die wegfallenden Arbeitsstunden in den Schulferien sind bereits auf ihre Wochenarbeitsstunden umgerechnet worden. Auf Grund der Trennung zwischen Dienst- und Fachaufsicht zwischen Bürgerämtern/Personalamt und Schulverwaltung besteht hier nochmals ein Abstimmungsbedarf, um die Beantwortung ggfs. zu präzisieren.

### **3.2 Neue Anfragen**

#### **3.2.1 Schließung der Oberstufe am griechischen Lyzeum in Köln AN/0455/2012**

**Tischvorlage: Schließung der Oberstufe am Griechischen Lyzeum in Köln  
1573/2012**

Die Anfrage wurde vorab zur Verfügung gestellt.  
Die Beantwortung dazu wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.  
Sie wurde zur Kenntnis genommen.

#### **3.2.2 Situation des offenen und gebundenen Ganztages in Köln 1297/2012**

Die Beantwortung wurde vorab zur Verfügung gestellt.  
Sie wurde zur Kenntnis genommen.

#### **3.2.3 Nachfrage zur Benutzungsordnung der Volkshochschule 1305/2012**

Die Beantwortung wurde vorab zur Verfügung gestellt.  
Sie wurde zur Kenntnis genommen.

**3.2.4 Schülerinnen und Schüler an Kölner Gesamtschulen nach Nationalität für das Schuljahr 2010/11 - Mündliche Anfrage von Frau Senol im Ausschuss Schule und Weiterbildung vom 12.03.2012  
1310/2012**

Die Beantwortung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, möchte noch wissen, wie hoch der Migrationsanteil der erfolgreichen Abiturienten ist.

Herr Pfeuffer erklärt, dass diese Frage in Ermangelung der erforderlichen Daten nicht beantwortet werden kann.

**3.2.5 Tischvorlage: Sachstandsbericht über den Fortschritt der Schulbaumaßnahmen  
mündliche Anfragen aus der Sitzung vom 12.03.2012, TOP 6.4  
1426/2012**

Die Beantwortung der Anfragen wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

Sie wurde zur Kenntnis genommen.

**4 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**5 Vorlagen der Verwaltung**

**5.1 Vorbereitende Untersuchung gem. § 141 BauGB und Entwicklungskonzept Südliche Innenstadt-Erweiterung (ESIE) in Bayenthal/Raderberg/Zollstock 3799/2011  
-zurückgezogen-**

**5.2 Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zur "Offenen Schule Köln", 0874/2012 -zurückgezogen-**

**5.3 190. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 7, Köln-Porz  
Arbeitstitel: Schulstandort an der Berliner Straße in Köln-Porz-Westhoven  
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss  
0642/2012**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Frau Jahn, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, weiß, dass die Förderschule Lernen Finkenberg bereits seit längerer Zeit erfolgreich im Gebäude untergebracht ist und fragt nach, wie lange das noch so beibehalten werden kann.

Frau Dr. Klein sagt eine schriftliche Beantwortung dieser Frage zu.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

„Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt

1. für den im planungsverbindlichen Flächennutzungsplan (FNP) in der Anlage 2 dargestellten Bereich eine Planänderung gemäß § 2 Absatz 4 Baugesetzbuch (BauGB) mit dem Ziel einzuleiten, Wohnbaufläche in Gemeinbedarfsfläche (Schule) umzuwandeln,
2. auf eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung zu verzichten, da die Unterrichtung und Erörterung gemäß § 3 Absatz 1 BauGB im Parallelverfahren zum Bebauungsplan bereits stattgefunden hat;
3. die 190. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 7, Köln-Porz – Arbeitstitel: Schulstandort an der Berliner Straße in Köln-Porz-Westhoven– gemäß § 3 Absatz 2 BauGB mit der gemäß § 5 BauGB als Anlagen 1 bis 4 beigefügten Begründung und Umweltbericht offenzulegen.“

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

Zu diesem Zeitpunkt war kein Vertreter der Fraktion ProKöln mehr anwesend.

#### **5.4 Planungsaufnahme zur Errichtung von Erweiterungsbauten für das Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasium und das Schillergymnasium, Nikolausstr. 51-55, 50937 Köln 0545/2012**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, möchte wissen, welche Zügigkeit vom Schiller-Gymnasium tatsächlich gewünscht ist.

Frau Heuer beschreibt, weil sie als Gesprächsführung beteiligt war, den Werdegang des Entscheidungsprozesses: Die Schulkonferenz des Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasiums (nicht des Schiller-Gymnasiums! Dieses ist bei seiner ursprünglichen Entscheidung geblieben) ließ sich auf der Grundlage des bestehenden Bedarfs von der 4-Zügigkeit überzeugen. Die Schule selbst wies dann darauf hin, dass dies wegen der Enge eine hohe Einschränkung für die Schulqualität zur Folge hätte. Dies wurde nochmals diskutiert, wobei sich herausstellte, dass der Mehrbedarf durch die Erweiterung der Zügigkeit nicht gedeckt werden kann. Um den besonderen Charakter des Schulprogramms zu unterstützen, wurde daraufhin eine Weiterführung der Dreizügigkeit für das EvT im gegenseitigen Einverständnis zugestanden.

Herr Lorenz, Bezirksschüler/innenvertretung, hat einen Baukostenpreis von 4.255 Euro je Quadratmeter für die Erweiterung errechnet und fragt, wie dies begründet ist.

Herr Kaven erklärt, dass es bei diesem Schulgebäude kostentreibende Besonderheiten, wie ein sehr begrenzter zur Verfügung stehender Raum, gibt.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung verzichtet auf den 2. Durchgang, sofern die Bezirksvertretung der Vorlage ohne Änderung zustimmt. Andernfalls können die Termine der weiteren Beratungsfolge nicht mehr gehalten werden.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat beschließt die Errichtung von Erweiterungsbauten für das Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasium und das Schillergymnasium, Nikolausstr. 51-55, 50937 Köln, um das Raumprogramm für ein Gymnasium mit 3 Zügen in der Sekundarstufe I und 5 Zügen in der Sekundarstufe II (Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasium) bzw. für das zweite Gymnasium mit 4 Zügen in der Sekundarstufe I und 6 Zügen in der Sekundarstufe II (Schillergymnasium) zu erfüllen. Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Planung und Kostenermittlung nach gesicherter Finanzierung aufzunehmen und im Rahmen der Ganztagsoffensive der Sekundarstufe I mit Priorität voranzutreiben.

Der Planung ist das in beigefügter Raumlise (Anlage 1) aufgeführte Raumprogramm zu Grunde zu legen. Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Gleichzeitig beschließt der Rat gemäß § 81 Schulgesetz die Erhöhung der Zügigkeiten für das Schillergymnasium in der Sekundarstufe I von 3 auf 4 Züge und in der Sekundarstufe II von 5 auf 6 Züge ab Fertigstellung der Erweiterungsbauten.

Die Zügigkeiten des Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasiums bleiben unverändert.“

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

Zu diesem Zeitpunkt war kein Vertreter der Fraktion ProKöln mehr anwesend.

#### **5.5 Gesamtschule Holweide, Burgwiesenstr. 125, 51067 Köln, Planungsaufnahme des Ersatz für durch einen Brand zerstörte Räume 0319/2012**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, ist entsetzt über die geringe genannte Versicherungssumme von nur 230.000,- Euro für den Brandschaden. Er bittet um Mitteilung, ob eventuell bekannt ist, dass ggfs. Landesmittel für den Bau zur Verfügung gestellt werden können.

Herr Kaven führt dazu aus, dass die Versicherung Grundsätzlich nur einen Zeitwert ersetzt, der bei einem älteren Pavillon dann-unabhängig vom Zustand- entsprechend geringer ausfällt.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung verzichtet auf den 2. Durchgang, sofern die Bezirksvertretung der Vorlage ohne Änderungen zustimmt. Andernfalls können die Termine der weiteren Beratungsfolge nicht mehr eingehalten werden.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat beschließt die Aufnahme der Planung zur Errichtung eines Ersatzbaus auf dem Gelände der Gesamtschule Holweide, Burgwiesenstr. 125, 51067 Köln nach gesicherter Finanzierung, um das Raumprogramm nach dem Brand eines Pavillons mit 9 Klassenräumen und einem Lehrerzimmer wieder erfüllen zu können.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, unverzüglich die Planung und die Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben.

Der Planung ist das in der beigefügten Raumliste (Anlage 1) aufgeführte Raumprogramm zugrunde zu legen. Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.“

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

Zu diesem Zeitpunkt war kein Vertreter der Fraktion ProKöln mehr anwesend.

## **5.6 Tischvorlage: Sanierung und Umfeldgestaltung des VHS-Studienhauses am Neumarkt, Josef-Haubrich-Hof 2, 50676 Köln, Baubeschluss 4798/2011**

Die Vorlage wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt (vgl. hierzu auch die Ausführungen vor TOP 0.1).

Frau Manderla würde es bedauern, wenn die Volkshochschule durch Verzögerungen beim Bau im Gebäude der Rheinischen Musikschule untergebracht werden müsste. In Bezug auf die in der Tischvorlage benannten Kosten bittet sie um Auskunft, ob es sich hierbei um die bereits 2009 genannten Kosten handelt, oder ob diese aktualisiert wurden.

Frau Dr. Klein stellt zunächst klar, dass mit der Vorlage ein Richtungsbeschluss getroffen werden soll mit dem Inhalt, dass das VHS-Gebäude am Neumarkt baldmöglichst saniert werden soll, „vorbehaltlich des Inkrafttretens des Wirtschafts- und Erfolgsplanes 2012 der Gebäudewirtschaft“. Mit dem Beschluss wird die Gebäudewirtschaft in die Lage versetzt, die vorbereitenden Maßnahmen zu treffen. Im Rahmen der Haushaltsberatungen wird dann noch über den Erfolgsplan entschieden. Der Verbleib der VHS in der Lotharstraße in Nippes ist aus Sicht der Verwaltung keine akzeptable Alternative. Auf Seite 5 der Vorlage sind die Kostenentwicklungsschritte der Maßnahme seit Mai 2004 dargestellt.

Frau Hammelrath ergänzt, dass auf Seite 4 der Vorlage aufgelistet wurde, welche Ergänzungen zu Kostensteigerungen geführt haben: In 2008 wurde vorwiegend der Brandschutz und die Barrierefreiheit überarbeitet, in 2009 kamen der Ausbau der Keller und die Erneuerung von Decken und Böden hinzu (eine Reparatur wäre nicht ausreichend gewesen), wobei diese Kosten als „Reparaturkosten im laufenden Betrieb“ eingerechnet wurden. In 2011 gab es nochmals Aufschläge sowohl für Kostensteigerungen, als auch für die Abnutzung durch den Betrieb des Gymnasiums im Gebäude. Auf Seite 5 ist ersichtlich, dass die Miete in der Lotharstraße zwar niedriger ist, doch liegt die Miete für den Rückzug in ein saniertes Gebäude unter der Miete vor dem Auszug. Das liegt daran, dass kalkulatorische Fehlbeträge von vor dem Auszug aus der Miete herausgerechnet werden konnten.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, appelliert an das Gremium, mit dem Votum für die Vorlage ein klares Signal für die Wertschätzung der Arbeit der Volkshochschule zu setzen. Er freut sich, dass die Volkshochschule auf Grund dieses Beschlusses nicht als Opfer eines tragischen Unfalls am Ende einer Kette steht.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bedauert bei einem Kostenvolumen von 8 Millionen Euro die kurzfristige Vorlage, kann aber zustimmen, weil sie im Laufe der bisherigen Sitzung die Zeit gefunden hat, sie durchzulesen. Sie fragt nach, warum

zwischen Mai 2008 und November 2008 eine Kostensteigerung von 500.000.- Euro bei identischer Begründung eingetreten ist.

Frau Hammelrath begründet dies mit einem Übertragungsfehler in der Datei: Hier sei ein Textbaustein irrtümlich zweimal eingefügt worden.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, zitiert aus dem Bildungsbericht: „Bildung und Erziehung sind Schlüsselfunktionen für individuelle Lebenschancen und selbstbestimmtes Handeln, sowie für das Wohlergehen und den Erfolg der Stadt insgesamt.“ Da bereits 2008 prinzipiell ein entsprechender Beschluss gefasst wurde, können er und seine Fraktion sich trotz des Einwandes, dass die Vorlage lieber mit einem größeren Vorlauf beschlossen worden wäre, dem Beschlussvorschlag gerne anschließen.

Frau Gebauer, FDP-Fraktion, wiederholt nochmals ihre Kritik am kurzfristigen Einbringen einer Vorlage von einer solchen Tragweite als Tischvorlage. Es sei nicht möglich, eine solche Vorlage so kurzfristig während der Sitzung sachgerecht zu prüfen. Natürlich möchte sie wie alle anderen, dass die VHS an ihren ursprünglichen Standort zurück ziehen kann. Es gehe aber nicht um eine Frage der Wertschätzung der Arbeit der Volkshochschule, sondern mit der Vorlage wird eine Baumaßnahme von erheblichem Kostenumfang beschlossen. Deshalb wird sie sich für Ihre Fraktion bei der Abstimmung enthalten.

Frau Dr. Klein weist entschuldigend darauf hin, dass dieses Verwaltungshandeln auch nicht üblich ist und auf den Einzelfall beschränkt bleiben soll.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„1.

Der Rat beschließt vorbehaltlich des Inkrafttretens des Wirtschafts- und Erfolgsplanes 2012 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln die Sanierung und Umfeldgestaltung des VHS-Studienhauses am Neumarkt, Josef-Haubrich-Hof 2, 50676 Köln.

2.

Der Rat genehmigt vorbehaltlich des Inkrafttretens des Wirtschafts- und Erfolgsplanes 2012 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln den Entwurf und die Kostenberechnung mit Gesamtbaukosten in Höhe von 8.083.862 € und beauftragt die Verwaltung vorbehaltlich des Inkrafttretens des Wirtschafts- und Erfolgsplanes 2012 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln mit der Submission und Einleitung eines Vergabeverfahrens zur Ausführung der Baumaßnahme durch einen Generalunternehmer.

3.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt aus dem Wirtschafts- und Erfolgsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

4.

Die aus dem städt. Haushalt zu finanzierenden Mietmehrkosten von rd. 318.000 € jährlich sind im Teilergebnisplan 0414, Volkshochschule, zusätzlich zu veranschlagen.“

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

Zu diesem Zeitpunkt war kein Vertreter der Fraktion ProKöln mehr anwesend.

## **6 Beantwortung mündlicher Anfragen; Mitteilungen**

### **6.1 Beantwortung mündlicher Anfragen**

### **6.2 Mitteilungen der Vorsitzenden**

### **6.3 Mitteilungen der Verwaltung**

#### **6.3.1 Niederschwellige Internationale Förderklasse an Berufskolleg 0622/2012**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, fragt an, wie hoch die tatsächliche Nachfrage ist und wie viele Schüler/innen bisher keinen Platz finden.

Frau Dr. Klein sagt eine schriftliche Stellungnahme zur nächsten Sitzung zu.

#### **6.3.2 Auswertung der Abfrage zur Sprachförderung im Offenen Ganztags - Schuljahr 2010/2011 1036/2012**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, schlägt vor, dass man mit der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Kontakt aufnehmen könne zur Überarbeitung der Abfrage, damit fundierte Ergebnisse möglich sind.

#### **6.3.3 Bilanzkonferenz zum Veränderungsprozess "Die Zukunft unserer Schu- len" 1144/2012**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Sie wurde zur Kenntnis genommen.

#### **6.3.4 Leistungsfähige Volkshochschulen - Aktivposten für Städte, Kreise und Gemeinden 1236/2012**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Sie wurde zur Kenntnis genommen.

#### **6.3.5 Durchführung von außerunterrichtlichen Projekten mit dem Schwer- punkt "Kulturelle Bildung" in offenen Ganztagschulen der Primarstufe sowie im Rahmen von Ganztagsangeboten der Sekundarstufe I 1211/2012**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, wollte im Unterausschuss Ganztags wissen, ob die angebotenen Projekte auch dokumentiert werden. Das sei ihm bestätigt worden, was ihn mit großer Freude erfüllt.

**6.3.6 Qualitätsinitiative "Lernen für den Ganztags"  
Ausschreibung des Schulträgers von weiteren gemeinsamen Fortbildungsmaßnahmen für offene Ganztagschulen im Schuljahr 2011/2012  
1218/2012**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Sie wurde zur Kenntnis genommen.

**6.3.7 Empfehlung des Schulträgers für eine Weiterentwicklung der Kommunikationsstruktur und Verantwortlichkeiten aller Akteure im offenen Ganztags  
1219/2012**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Sie wurde zur Kenntnis genommen.

**6.3.8 oGS-Programm des Museumsdienstes Köln  
1221/2012**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bittet um Auskunft, ob und von wie vielen das Programm angenommen wird.

**6.3.9 Familienreise zu den Kulturen der Welt - 2. Kölner Elternkongress  
1280/2012**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Frau Mucuk, SPD-Fraktion, lobt die Veranstalter und fragt an, wie die Nachhaltigkeit dieses erfolgreichen Konzeptes gewährleistet werden kann und ob der 9-sprachige Elternparcours auch für andere Museen angedacht ist.

Frau Hammelrath bestätigt, dass die ersten beiden Elternkongresse nur mit großzügiger Unterstützung des Landes und durch die personelle Unterstützung durch „Lernen vor Ort“ realisierbar waren. Es gab eine –abgerechnete- Resonanz von 1.500 Beteiligten. Das Land wird seine Unterstützung fortsetzen und im Rautenstrauch-Joest-Museum wird es in Zukunft jährlich einen interkulturellen Familientag bei freiem Eintritt geben. Der Familienparcours wird derzeit noch in 2 weitere Sprachen (Arabisch und Griechisch) übersetzt, sodass es dann 11 Sprachen sind. Die Unterlagen dazu werden im Museum ausgelegt. Ein Führer des Schnütgen-Museums „Schlüssel zum Mittelalter“ ist in Zusammenarbeit mit der RAA in 6 Sprachen erschienen. Auch für das Stadtmuseum sind „Endeckertaschen“ in 11 Sprachen geplant.

**6.3.10 Kölner Bildungsbericht - Bildungsmonitoring 2012  
Von frühkindlicher Bildung bis Weiterbildung  
1490/2012**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Sie wurde zur Kenntnis genommen (vgl. die Ausführungen unter TOP 0.1).

**6.3.11 Konkretisierung der Schulentwicklungsplanung Köln 2012  
Maßnahmen zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung der Kölner Schul-  
landschaft bis 2020  
1500/2012**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Sie wurde zur Kenntnis genommen (vgl. die Ausführungen unter TOP 0.2).

**6.3.12 Abschluss des Schulanmeldeverfahrens der weiterführenden Schulen  
1251/2012**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Frau Senol, Fraktion DIE LINKE, möchte noch wissen, aus welchen Stadtteilen die 403 Kinder kommen, welche noch nicht versorgt sind und wann mitgeteilt wird, wo sie angemeldet werden konnten.

Frau Dr. Klein befürchtet, dass auch hierzu kein stadtteilspezifisches Zahlenmaterial vorliegt. Erfahrungsgemäß melden einige Eltern ihre Kinder erst kurz vor Beginn der Sommerferien oder in den Sommerferien an. Es handelt sich dabei nicht um ein stadtteilbezogenes Problem.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, wendet ein, dass man früher aber mit detaillierteren Zahlen für alle Schulen versorgt wurde und bittet um entsprechende Fortschreibung.

**6.3.13 Konzeption der kommunalen Schulsozialarbeit  
1299/2012**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Frau Quilling, sachkundige Einwohnerin, lobt die ausführliche Darstellung und möchte wissen, ob es auch gemeinsame Fortbildungen, gemeinsame Konferenzen von Lehrer/innen und Schulsozialarbeiter/innen und Team-Teaching gibt, um das Zusammenwachsen beider Disziplinen zu fördern.

Frau Heuer führt dazu aus, dass es wegen der Trennung der Rollen trotz des gemeinsamen Ziels bisher noch kein Team-Teaching, wohl aber gemeinsame Fortbildungen und selbstverständlich auch die Teilnahme an Konferenzen, gibt.

Frau Jahn, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, vermutet, dass die Vorlage im Jugendhilfeausschuss nochmals ausführlich besprochen wird, möchte aber jetzt schon wissen, ob die Konzeption im Sinne eines Gesamtkonzeptes mit den freien Trägern abgestimmt wurde.

Dazu verweist Frau Heuer auf die Angabe der Autoren: Das Konzept ist mit den freien Trägern entwickelt worden. Man hofft und setzt voraus, dass diese sich auch tatsächlich danach richten.

Auf die Nachfrage von Frau Jahn, wie viele der Stellen für Schulsozialarbeiter/innen mittlerweile besetzt sind, antwortet sie, dass –abgesehen von Fällen, wo persönliche Gründe nachträglich nochmal zu einem Wechsel führten- mittlerweile alle Stellen besetzt werden konnten.

#### **6.3.14 Chinajahr 2012 0818/2012**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Sie wurde zur Kenntnis genommen.

#### **6.3.15 Aktueller Sachstand zur Inanspruchnahme des Bildungspaketes 0688/2012**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Frau Jahn, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bittet um Mitteilung von Zahlen, wie viele Ausflüge nicht bewilligt wurden und aus welchen Gründen.

Frau Dr. Klein vermutet, dass die Gründe für Ablehnungen in diesem Bereich formal sind. Sie sagt eine schriftliche Beantwortung der Frage zu.

#### **6.4 Sachstandsbericht über den Fortschritt der Schulbaumaßnahmen - Sanierung und Neubau 1499/2012**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, stört sich an dem hohen Honorar für die Planung des Chemieraumes am Gymnasium Escher Str. in Höhe von 66.000,- Euro (das ergibt Kosten von 368.000 Euro für einen Raum).

Dem schließt sich Frau Manderla an, zumal die Planung von Chemieräumen relativ standardisiert ist und bittet Herrn Thelen, im Hinblick auf die Bausumme in dieser Angelegenheit beim Rechnungsprüfungsausschuss nachzufragen. Hier müsste durch Rahmenverträge eine Kostensenkung möglich sein.

Herr Kaven erwidert, dass es sich um feststehende Regelsätze handelt, die nach HOAI berechnet werden. Wenn die Schulverwaltung Pakete aus mehreren zu planenden Chemieräumen schnüren würde, wäre eine Kostensenkung denkbar, doch derzeit wird jeder neue Chemieraum einzeln bei der Gebäudewirtschaft beauftragt.

#### **7 Anfragen**

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, erinnert daran, dass er bereits in der vorletzten Sitzung vom 30.01.2012 eine Nachfrage zur Nutzung des alten Schulgebäudes in der Kupfergasse und zu den zunehmenden Schülerzahlen gestellt hatte und bittet um Beantwortung.

Frau Dr. Klein sagt eine Stellungnahme zu.

**7.1 Anfrage zur interkulturellen Kompetenz der Schulsozialarbeiter/innen  
1155/2012**

Die Mitteilung über die Antwort der Verwaltung wurde vorab zur Verfügung gestellt.  
Sie wurde zur Kenntnis genommen.

**8 Verschiedenes**

gez. Manderla, 11.05.2012

gez. Bernecker, 11.05.2012

---

Manderla

---

Bernecker

Vorsitzende

Schriftführer

Anlage 1 zur Niederschrift vom 30.04.2012: Antwort des MSW zur Umwandlung vom  
20.04.2012